

# Resolution der Tarifkommission Metall- und Elektroindustrie NRW



Die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie wollen sichere Arbeitsplätze und gute Einkommen. Die gegenwärtige Krise ist umso besser zu bewältigen, je besser die Instrumente zur Beschäftigungssicherung ausgestattet sind.

„Keine Entlassungen in der Krise“ – das war von Anfang an unsere Forderung. Die Vorschläge der IG Metall haben schon jetzt dazu beigetragen, hunderttausende von Arbeitsplätzen zu sichern: Die Umweltprämie und die deutliche Verbesserung der Kurzarbeit waren Initiativen der IG Metall. Die IG Metall Betriebsräte haben durch ihre hervorragende Arbeit der letzten Monate in zahllosen Fällen Beschäftigung gesichert.

Die Wirtschaftskrise ist aber in vielen Betrieben noch nicht überstanden. Die Tarifvertragsparteien sind gefordert, auch mit der Tarifrunde 2010 einen Beitrag zu leisten, um Beschäftigung und Einkommen zu sichern.

Dabei geht es darum:

- ◆ durch angemessene Einkommenssteigerungen die Kaufkraft der Beschäftigten zu stärken. Nur durch ausreichende Konsumnachfrage springt die Wirtschaft wieder an und wird deflationären Tendenzen entgegengewirkt.
- ◆ durch zusätzlich vereinbarte beschäftigungswirksame Instrumente wie z.B. Arbeitszeitverkürzung dafür zu sorgen, dass Auftragsmangel und Umsatzrückgänge nicht in Entlassungen münden. Dabei geht es insbesondere um Antworten für die Betriebe, in denen die Möglichkeiten der Kurzarbeit ausgeschöpft sind.
- ◆ durch Tarifpolitik trotz Krise weitere Chancen für einen Einstieg jüngerer Beschäftigter zu schaffen bei gleichzeitig fairen Ausstiegsszenarien für ältere Kolleginnen und Kollegen
- ◆ die sehr unterschiedliche wirtschaftliche Lage in den Betrieben zu berücksichtigen.
- ◆ durch Druck auf die Politik sicherzustellen, dass die Lasten der Krise fair verteilt werden und Beschäftigungssicherung auch künftig öffentlich gefördert wird.

Alle Beteiligten sind aufgefordert, die Sicherung von Arbeitsplätzen und den Erhalt industrieller Strukturen auch weiterhin in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten zu stellen.

Wir fordern daher den Gesetzgeber dazu auf:

- ◆ Leiharbeit wieder stärker zu regulieren und die Gesetzesänderungen zurückzunehmen, die zu einer uferlosen Ausweitung der Leiharbeit seit 2004 beigetragen haben - insbesondere Wegfall des Synchronisationsverbots, des Wiedereinstellungsverbots und der Beschränkung der Höchstüberlassungsdauer,
- ◆ die Höchstdauer der Kurzarbeit auch über den 31.12.2009 hinaus auf 24 Monate und nicht nur auf 18 Monate zu verlängern und die verbesserten Bedingungen beizubehalten.
- ◆ bei der für 2010 anstehenden Überprüfung der „Rente mit 67“ zu berücksichtigen, dass diese Verlängerung der Lebensarbeitszeit den betrieblichen Belangen nicht gerecht wird, die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt verschärft und den Einstieg Jüngerer ins Arbeitsleben erschwert.

Wir fordern die Metall-Arbeitgeber dazu auf:

- ◆ weiterhin alle arbeitsmarktpolitischen und tarifvertraglichen Instrumente zu nutzen, um Entlassungen zu vermeiden,
- ◆ die Ausbildungskapazitäten jetzt stabil zu halten und damit auch dem absehbaren Fachkräftemangel vorzubeugen
- ◆ Ausgebildete mindestens befristet zu übernehmen und nicht in die Arbeitslosigkeit oder in prekäre Arbeitsverhältnisse abzuschieben.

Für die IG Metall NRW ist klar: Mögliche tarifvertragliche Lösungen müssen immer beide Ziele erreichen: Beschäftigung und Einkommen sichern.

Sprockhövel, den 03. Dezember 2009